

Manuskriptfassung – Quelle: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Weimar.Köln.Wien, Böhlau Verlag, S. 117-146.

Cordia Schlegelmilch

Die politische Wende in der DDR am Beispiel der sächsischen Stadt Wurzen

Ausgangspunkt

Dies wird noch eine ganze Weile so bleiben: Der Herbst eines jeden Jahres ist Anlaß zu einem Rückblick auf den politischen Umbruch in der DDR, und im Umfeld des 3. Oktober finden mehr als sonst Diskussionen darüber statt, was die Ereignisse in der DDR im Herbst '89 den Ost- und Westdeutschen gebracht oder auch gerade nicht gebracht haben.¹ Herbstrevolution, Zusammenbruch oder politische Wende? Die Vielfältigkeit der Bezeichnungen zeigt, wie unterschiedlich die Bewertungen sowohl in der wissenschaftlichen Analyse als auch im Alltagsbewußtsein der Beteiligten ausfallen. Die Diskussion kreist dabei vor allem um zwei strittige Fragen:

1) Welche Rolle billigt man dem subjektiven Faktor bei dem, was 1989/1990 in der DDR stattgefunden hat, zu?

2) Wie wird die Tatsache, daß die DDR mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland keinen eigenständigen (dritten) Weg beschritten hat, bewertet?

Je nachdem, wie und aus welcher Perspektive diese Fragen beantwortet werden, trägt das Ende der DDR den Charakter a) eines Zusammenbruchs b) einer Revolution oder c) den einer unvollendeten Revolution:

Zu a): Ein Wort wie "Zusammenbruch" legt ein Ende der DDR nahe, das ohne revolutionäre Beteiligung des Volkes erfolgt ist und sich aus den Widersprüchen eines ohnehin schon maroden Systems bei gleichzeitig ausbleibender Unterstützung der osteuropäischen Nachbarländer ergeben hat. Autoren, die von Zusammenbruch sprechen, verfügen über einen

¹ Überarbeitetes Referat zur Konferenz des Hannah Arendt Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden "Die politische 'Wende' 1989/90 in Sachsen -Rückblick und Zwischenbilanz" (14.-16. November 1994).

Revolutionsbegriff, der - ganz in der Tradition eines sozialistischen Stufenmodells - moralisch aufgeladen ist. Er orientiert sich an einer historischen Theorie der Gesellschaftsentwicklung, die davon ausgeht, daß von revolutionären gesellschaftlichen Umgestaltungen nur dann gesprochen werden kann, wenn sie in sozial-emanzipatorischer Richtung verlaufen und sich die Volksmassen in einem **gewaltsamen** Kampf für eine völlig neue, fortschrittliche Ordnung erheben. All diese Merkmale aber hat das Ende der DDR, so die vertretene Auffassung, gerade nicht aufgewiesen. Fehlende eigenständige zukunftsweisende Ideen sowie die ausgebliebene Machtübernahme durch die oppositionellen Bewegungen², vor allem aber die relative Gewaltfreiheit der gesellschaftlichen Veränderungen sind aus dieser Sicht untrügliche Zeichen dafür, daß die SED-Führung nicht unter dem Druck der Straße zurückgetreten sei. Sie ließ, so eine nicht seltene Annahme, das Volk Revolution spielen, um sich, weil ohnehin nichts mehr zu retten war, auf den geordneten Rückzug zu begeben und soweit wie möglich Schadensbegrenzungen durchzuführen nach dem Motto: Draußen wird demonstriert, drinnen läuft die Aktenvernichtung. (Vgl. auch Hanf 1992:45 ff.) Der Zusammenbruch der DDR und der Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland sei nur eine Frage der Zeit gewesen, der subjektive Faktor habe lediglich beschleunigend gewirkt. Vor diesem Hintergrund wird auch der massenhaften Flucht- und Ausreisewelle weit mehr Zersetzungskraft für die DDR-Gesellschaft zugesprochen als dem revolutionären Protest der Bleibenden.

Zu b): Demgegenüber insistiert eine ganze Reihe von Autoren darauf, daß die Bevölkerung der DDR sich die Demokratie "in einer beispiellosen, zielbewußten und dabei gewaltfreien Bewegung selbst gegeben" hat. "In wenigen Wochen wurde eine Diktatur entmachtet, der Repressionsapparat gelähmt, die politische Strafjustiz abgeschafft ... und die Bürger- und Freiheitsrechte der bürgerlichen Revolutionen (der amerikanischen und französischen) wiederhergestellt." (Reich 1994a:10) Das Argument, die Befreiung sei gekommen als alles schon einstürzte, übersieht dieser Meinung nach, daß die Teilnahme an Demonstrationen durchaus ein Risiko bedeutet hätte.³ Mit Bezug auf ein bekanntes Zitat von Lenin ist für eine

² Die genannten Faktoren, insbesondere aber ein vollständiger Elitewechsel, gelten - neben hier nicht aufgeführten anderen Merkmalen - gemeinhin als Zeichen geglückter Revolutionen; vgl. z.B. Lenski 1977:102 ff.; Dahrendorf 1971:241 ff.

³ Jens Reich erinnert in diesem Zusammenhang an die Geschehnisse vom 7. Oktober 1989 vor der Gethsemanekirche in Berlin ("Zuführungen", Bedrohungen der Demonstranten durch schwerbewaffnete Polizei) oder an die gewaltsame Räumung des Bahnhofsgebietes in Dresden als versiegelte Züge mit ostdeutschen Ausreisenden aus den Prager und Warschauer

Reihe von Autoren auch die dem Ende der DDR vorausgegangene ökonomische und politische Systemschwäche kein Argument, das gegen den Revolutionscharakter der Herbstereignisse spricht: "Voraussetzung für eine siegreiche Revolution ist, daß die Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche zu einer revolutionären Situation führt, zu einer Situation politischer Krisen gepaart mit dem schärfer werdenden Protest und der Unzufriedenheit der Volksmassen, die sich in rasch wachsender politischer Aktivität äußern. Erst dann, wenn die 'Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die 'Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen ... die Revolution ist unmöglich ohne gesamt-nationale Krise ... Wenn jedoch eine derartige Situation herangereift ist, dann erlangt der subjektive Faktor größte Bedeutung und entscheidet über das Zustandekommen einer Revolution und über deren Schicksal." (Vgl. Klaus/Buhr 1971:951 und Staritz 1990:15) Eine Systemkrise muß daher, so die gängige Argumentation, nicht automatisch zu gesellschaftlichen Veränderungen führen, sondern diese bedürfen einer sie tragenden sozialen Bewegung. Die Geschichte kennt, so Hannah Arendt in ihrer Analyse von Macht und Gewalt in der Politik, "zahllose Beispiele von völlig ohnmächtigen Staaten, die über lange Zeiträume fortbestehen konnten. Entweder gab es niemanden, der die bestehende Macht auch nur auf die Probe stellte oder das Regime hatte Glück, in keinen Krieg verwickelt zu werden ... Denn Machtzerfall wird häufig nur manifest in direkter Konfrontation." (Arendt 1990:50)

Den Revolutionscharakter der politischen Wende in der DDR hebt z.B. auch Engler hervor, wenn er sich unter Rückbesinnung auf Hannah Arendts politische Philosophie mit Auffassungen auseinandersetzt, die der DDR-Gesellschaft einen totalitären Herrschaftscharakter unterstellen. "Echt totalitäre Gesellschaften", so zitiert Engler die Philosophin, "können nur noch vegetieren und ... allein durch 'einen Staatsstreich gestürzt' oder 'in einem Krieg besiegt', keineswegs jedoch 'durch eine Revolution' verändert werden. Insofern erlaubt der Blick auf das Ende totalitär genannter Staaten Rückschlüsse auf das Maß, in dem sie es zuletzt noch waren. Läßt man sich auf diese indirekte Beweisführung ein, zeigt sich sofort, daß die verbreitete Rede vom 'Zusammenbruch des Kommunismus' das Falsche suggeriert. So als hätten die betreffenden Völker, dem deutschen unter Hitler analog, nibelungentreu zur Fahne gehalten, um erst fünf nach zwölf, restlos umzingelt, zusammen mit den Führern aufzugeben." Stattdessen hätten sich "im flagranten Widerspruch zu allen Endszenarien, die das Totalitarismuskonzept vorsah, ... die ostmitteleuropäischen Umbrüche wie Revolutionen aus dem Lehrbuch" vollzogen. (Engler 1994b)

Botschaften die Stadt passierten. (Reich 1994:11)

Selbst, wenn die Revolution in der DDR als "wiederherstellende", "nachholende" oder "rückspulende" (Habermas) bezeichnet wird, weil sie "den Anschluß an den kapitalistisch entwickelten Westen" ermöglicht habe und gerade nicht von jenem "Element sozialrevolutionärer Emphase" beseelt gewesen sei, das "so gut wie alle historischen Revolutionen der Neuzeit beherrscht" hätte, hätte sie ihre "Mittel und Maßstäbe sehr wohl dem bekannten Repertoire der neuzeitlichen Revolutionen" entlehnt: "Erstaunlicherweise war es die Präsenz der auf Plätzen versammelten, in Straßen mobilisierten Massen, die ein bis an die Zähne bewaffnetes Regime entmachtete hat. Es war jener schon totgeglaubte Typus der spontanen Massenaktion, der so vielen Revolutionstheoretikern als Vorbild gedient hatte." (Habermas 1990:184) Das erneute Anknüpfen an freiheitliche und liberale Traditionen westlicher Demokratien erscheint den genannten Autoren vor dem Hintergrund des monolithischen und restriktiven sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells als qualitativer historischer Fortschritt.⁴

Völlig unabhängig dagegen von der Tatsache, ob die durch eine Revolution hervorgerufenen Veränderungen der Gesellschaft eine qualitativ neue Stufe im Sinne einer Höherentwicklung bedeuten oder nicht, argumentieren alle die Autoren, die sich auf Theorien des sozialen Wandels beziehen. Sie definieren Revolutionen wertneutral als Konflikte von äußerster Intensität und Gewalttätigkeit, die in kurzer Frist mit einer grundlegenden Umgestaltung wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse eines Staates enden.⁵ (Z.B. Dahrendorf 1971:135) Ein solcher Ansatz, der dann auch im Fall der DDR von Revolution spricht, schließt im übrigen ein, daß diejenigen, die eine neue Ordnung durchsetzen, nicht unbedingt diejenigen sein

⁴ Das unterstreicht auch Schneider (1990:91): "Die Wiederherstellung der vollen Gewerbefreiheit und der republikanischen Freiheiten bedeutet ... gegenüber dem restriktiven sowjetischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, das nur ein politisches Subjekt, die Staatspartei, und nur ein Wirtschaftssubjekt, den Staat kannte, zunächst einen qualitativen historischen Fortschritt."

⁵ Gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß zwischen Systemstruktur und Konfliktlösung ein enger Zusammenhang besteht: "Starre Systeme, die das Auftreten von Konflikt unterdrücken, begünstigen dadurch nachdrücklich das Entstehen radikaler Spaltungen und gewaltsamer Formen des Konflikts. Für elastische Systeme hingegen, die eine offene und direkte Manifestation von Konflikt dulden und sich den jeweiligen Änderungen im Gleichgewicht der Macht anpassen ..., ist es ... weniger bedrohlich, wenn tiefgehende und explosive Bewegungen in ihrer Mitte entstehen." (Cosser 1967:421)

müssen, die bei der Entstehung einer Revolution entscheidend mitgewirkt haben. (Vgl. Opp/Voß 1993:301)

Zu c) Während sich der Version eines (zum Teil von der DDR-Regierung selbst inszenierten) Zusammenbruchs auch zunehmend mehr Teile der ehemaligen Bürgerbewegungen anschließen, tendieren andere Akteure und Beobachter zu einer Verbindung der oben genannten Varianten: Sie nennen den wirtschaftlichen und politischen Umbruch in der DDR eine "abgebrochene", "unvollendete" oder "abgetriebene" Revolution⁶, weil die revolutionären Anfänge in der DDR durch die Orientierung auf die Wiedervereinigung zu einer Bundesrepublik eine "Wende" nahm, die mit den ursprünglichen Zielen der Revolution nichts mehr zu tun gehabt hätte. Sie unterscheiden dann zwischen einer den klassischen Revolutionen vergleichbaren Anfangsphase und der Zeit nach der sog. "Wende in der Wende", in der die Bürgerbewegungen die Macht, die auf der Straße lag, nicht aufgehoben hätte.⁷ Die Tatsache, daß ein autonomer Weg unterblieben ist bzw. noch nicht einmal konföderative Strukturen zustande gekommen sind, gilt aus diesem Blickwinkel als restaurativ oder historischer Rückschritt, die begonnene Revolution als "unvollendet".

Ohne an dieser Stelle eine Debatte über Revolutionstheorien im Lichte der Umbruchs in der DDR⁸ vertiefen zu wollen, zeigt dieser kurze Blick auf die aktuelle Diskussion, wie sehr die Deskription und Beurteilung des Endes der DDR vom jeweiligen politisch-ideologischen Standort und den zugrundeliegenden Revolutionsauffassungen gesteuert werden. Ich habe den Eindruck, daß die Diskussion über den "Revolutionscharakter" des Umbruchs in der DDR vor allem dazu dient, der inzwischen politisch weit abgeschlagenen Bürgerbewegung der DDR wenigstens auf diese Weise noch nachträglich Tribut zu zollen. Man ahnt außerdem, welche Bedeutung die Frage nach dem Einfluß der ehemaligen DDR-Bürger auf den Zusammenbruch des Staates für das gegenwärtige und zukünftige Selbstverständnis der Ostdeutschen hat.

⁶ Vgl. Schneider 1990, Meuschel 1992 und 1993, Neubert 1991.

⁷ Begründet wird die "Wende in der Wende" einmal mit den gesellschaftlichen und politischen Strukturen, die in der DDR im Zuge der mehr als vierzigjährigen Parteiherrschaft entstanden waren, aber auch damit, daß durch die deutsche Sondersituation die nationale Frage die politische und soziale Frage sehr schnell überlagern konnte. (Meuschel 1993:93 ff.; Glaeßner 1993: 84 ff.)

⁸ Vgl. dazu die Untersuchung von Opp/Voß 1993.

In Anbetracht des gegenwärtigen Kenntnisstandes möchte ich die Diskussion des "War der Umbruch in der DDR eine Revolution?" nicht weiterführen und bei der Deskription verbleiben, wie sich das Ende der gesellschaftlichen Ordnung der DDR vorbereitet und vollzogen hat. Ein Kennzeichen der bisherigen "Wende"-Forschung ist es nämlich, daß sie sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - auf die damaligen sozialen und politischen Bewegungen in den Großstädten Berlin, Leipzig und Dresden konzentriert und die der politischen Wende vorausgegangenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in der DDR nur ganz allgemein ins Blickfeld kommen. Mit dieser Beschränkung auf die globalen Entwicklungen⁹ wird jedoch allzuleicht übersehen, daß der politische Umbruch in der DDR regional sehr unterschiedliche Voraussetzungen hatte und es zu sehr verschiedenen Austragungsformen sozialer Konflikte auf kommunaler Ebene kam. Auch im Verlauf der kommunalpolitischen Neuordnung auf der Ebene der Kreise und Kommunen kann man erhebliche Unterschiede feststellen.

Gerade, weil sich die Anzeichen dafür verdichten, daß die politische Wende in der DDR a) spontan und ungeplant war und b) dezentral und "von unten" erfolgte (vgl. auch Opp/Voß 1993), getragen von vielfältigen lokalen Initiativgruppen, die ein sehr heterogenes soziales, berufliches und politisches Spektrum abdeckten, scheint eine ereignisgeschichtlich verfahrenende und regional vergleichende Betrachtungsweise lokaler Wendeabläufe eine wichtige Voraussetzung dafür zu sein, den Charakter der Herbstereignisse in der DDR auch theoretisch präziser zu fassen. Mit Ergebnissen aus einer lokalen Fallstudie über Prozeß und Struktur des politischen Umbruchs in einer sächsischen Kleinstadt möchte ich zu einer solchen vergleichenden Betrachtung beitragen und konkretes Material liefern, das den abstrakt-systemischen Blick von außen durch einen Blick auf die konkrete Alltagswirklichkeit der Menschen jenseits der großstädtischen Zentren ergänzt.

Ort des Geschehens ist Wurzen, eine der ältesten sächsischen Städte, 30 km nordöstlich von Leipzig gelegen. Wurzen hatte seit der Kreisreform in der DDR 1952 bis Ende Juli 1994 den Status einer Kreisstadt, die Ende 1989 rd. 19.000 Einwohner zählte (Kreis rd. 50.000 Einwohner). Der Kreis ist durch ein industriell-agrarisches Umfeld und eine vielfältige mittelständische Industrie geprägt, die auch zu DDR-Zeiten nie völlig an Bedeutung verloren hat. Ich möchte in meiner Darstellung der politischen Ereignisse der Jahre 1989/1990 sowohl

⁹ Die globalen Zusammenhänge und Hintergründe der DDR-Entwicklung sind nicht Thema meines Beitrags. Zu den unterschiedlichen Erklärungsansätzen für das Ende der DDR siehe Joas/Kohli 1993.

die zweifellos sehr deutlich vorhandenen Gemeinsamkeiten des kleinstädtischen Geschehens mit überregionalen Abläufen und Strukturen hervorheben¹⁰, aber auch auf bestimmte Besonderheiten eingehen, die zum Teil für kleinere und mittlere Städte typisch sein dürften, sich zu einem Teil aber auch von anderen regionalen Wendeabläufen abheben.¹¹ Vor dem Hintergrund der oben knapp umrissenen Positionen lassen sich fünf Grundlinien des Wendeablaufs in Wurzen herausstellen, die auch den folgenden Beitrag strukturieren:

1. Der auch schon von einer Reihe anderer Autoren beschriebene Zirkel von Ausreisestrom, der Verschlechterung der Lebensbedingungen derer, die blieben, einem weiter sinkenden Vertrauen in die politische Führung und dem wachsenden Mut zu öffentlichem Widerspruch, läßt sich am Beispiel einer Kleinstadt deutlich zeigen. Widerstand und Protest der Bevölkerung in Wurzen entzündeten sich hauptsächlich anwachsenden, direkt erfahrbaren Alltagsproblemen und deren unzureichender Lösung durch die kommunale Politik.

2. Das Wendegeschehen in Wurzen zeigt ein ganz ähnliches Grundmuster wie die Leipziger Ereignisse. Dies ist zu einem Teil durch den Einfluß der Medien, aber auch durch die Nähe Wurzens zu Leipzig zu erklären. Eine wesentliche Differenz zwischen Großstadt und Kleinstadt liegt in meinem Fallbeispiel vor allem darin, daß sich in Wurzen alles zeitversetzt abspielt.

3. Im Vergleich zu den sehr unterschiedlich geprägten vielfältigen Bürgerbewegungen, die sich in den Großstädten organisiert hatten, ist das Spektrum der Wendeakteure in Wurzen wesentlich kleiner, bestimmte Gruppierungen fehlen ganz (z.B. Leute aus dem linksintellektuellen Milieu oder aus Künstlerkreisen) Das Beispiel Wurzen zeigt außerdem deutlich, daß der **Anstoß** zu gesellschaftlichen Veränderungen nicht nur von einer einzigen sozialen Gruppe (z.B. nur von Intellektuellen, nur von Experten) erfolgte, sondern, was die soziale und berufliche Herkunft betrifft, sehr unterschiedliche Bevölkerungsschichten beteiligt waren.

¹⁰ Vgl. zusammenfassend Joas/Kohli 1993.

¹¹ Ein Vergleich mit anderen Regionalstudien zum Wendegeschehen kann hier aus Platzgründen nicht erfolgen, ist aber gegenwärtig auch nicht ganz einfach: Das bisher vorliegende Material überschaubar und sehr heterogen: Studien gibt es über Eberswalde von Berking/Neckel 1991; über Gotha von Herlyn/Bertels (Hrsg.) 1994; über Berlin, Leipzig, Dresden, Arnstadt, Forst, Magdeburg, Plauen, Rostock, vgl. dazu den Begleitkatalog zur Ausstellung "Zum Herbst '89" hrsg. von Lindner 1994 und über Mühlhausen von Aldenhövel/Mestrup/Remy 1993.

4. Die Ereignisse in den Jahren 1989/1990 in Wurzen bestärken die These, daß der Machtzerfall des DDR-Systems von unten vor sich ging. Die bereits im Sommer '89 deutlich zu erkennende innere Erosionsprozeß der kommunalen Parteiverbände (einschl. der Blockparteien) sowie folgenreiche Informationsblockaden zwischen Parteispitze und Unterbau verhinderten eine wirksame Gegenstrategie der SED auf lokaler Ebene. Die kommunale Funktionärselite und einzelne Vertreter des Staatsapparats waren im Herbst '89 fast hilflos einem Volkszorn ausgesetzt, der sich nicht zuletzt wegen der engen persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse in kleineren Gemeinden auf Einzelpersonen richtete, gegen die von seiten der Demonstranten mit emotional aufgeladenen Aktionen vorgegangen wurde.

5. Die, wenn auch verspätet, so doch auch in Wurzen vielfältig entstandenen lokalen Bürgerinitiativen und politischen Aktionsformen orientierten sich zwar an Leipziger Verhältnissen, sie hatten sich jedoch unabhängig davon dezentral herausgebildet und besaßen ein ganz eigenes Profil. Kennzeichnend ist ihre im Vergleich zu den überregionalen Vorbildern stärker Ordnung und Sicherheit bewahrende Zielsetzung in einer Zeit, in der die alten kommunalpolitischen Strukturen nicht mehr griffen und sich neue noch nicht herausgebildet hatten. Die Hintergründe und Motive für die sog. "Wende in der Wende", also den Umschlag vom Ziel der Systemreform zur deutschen Einheit gewinnen im Rahmen einer Einzelfallstudie nicht nur besondere Plastizität, sondern auch einige wichtige neue Aspekte hinzu.

Insgesamt weist Wurzen auf kommunalpolitischer Ebene im unmittelbaren politischen Umbruchprozeß eine Reihe von bemerkenswerten Kontinuitäten auf. Das Material zeigt zudem sehr anschaulich, wie sich die überall und dezentral entstehenden Forderungen nach Teilreformen des Systems im Sinne einer Verbesserung der Lebenswirklichkeit zu einer umfassenden Krise und Bestandsgefährdung des Systems entwickelten. Die besondere Situation der deutschen Teilung, das mit der Grenzöffnung deutlich sichtbare Wohlstandsgefälle, die Schwäche der Bürgerbewegungen und ihre Uneinigkeit über die weitere politische Strategie sowie die vorhandene Angst vor dem politischen Gegner legten es nahe, die nationale Einheit als Lösung aller Probleme in den Vordergrund zu stellen. Die Wiedervereinigung wurde dennoch nicht "von einem Willen zur nationalen Einheit herbeigeführt", sondern ist in der Kategorie des "historischen Zufalls und der von ihm ausgelösten Kettenreaktion" zu verstehen. (Offe 1993: 296) Denn: "Niemand hatte es gewollt, und doch wollten es, als es da war, die meisten." (Engler 1994a)

Bevor ich auf diese fünf Charakteristika näher eingehe, möchte ich kurz die empirische

Grundlage der Studie erläutern.

Empirische Grundlage

Die empirische Grundlage des Beitrags ist eine in ihrer Fragestellung sehr viel breiter angelegte Studie, die ich mit Unterstützung der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur im Zeitraum September 1990 bis September 1993 in Wurzen durchgeführt habe. Ziel war es zu beschreiben, wie sich die Lebenswelt von Bewohnern einer typischen Kleinstadt in der ehemaligen DDR nach der deutschen Vereinigung verändert bzw. welche Kontinuitäten und Beharrungsmomente zu erkennen sind.

Ich habe mich auf unterschiedliche Erhebungsverfahren und Datenquellen gestützt, die sich ergänzen. Den Schwerpunkt bildeten offene Verfahren mit qualitativer, fallbezogener Auswertung. Nur in begrenztem Umfang, zur Darstellung gesellschaftlicher Strukturdaten und einiger soziobiographischer Merkmale der Interviewpartner, wurden quantitative Daten herangezogen. Im einzelnen handelte es sich um folgende Formen des Datengewinns:

1. **Teilnehmende Beobachtung:** Ich habe länger als ein Jahr in Wurzen gelebt und am alltäglichen Leben der Stadt teilgenommen. Die durch den längeren Aufenthalt möglichen persönlichen Kontakte zu den Bewohnern haben entscheidend zur Herstellung von, wenn auch unterschiedlich ausgeprägten, Vertrauensverhältnissen zu den Interviewpartnern beigetragen. Zudem war es durch die praktische Teilnahme am sozialen Geschehen leichter möglich, eine Vertrautheit mit dem zu erforschenden Phänomen herzustellen und die "Sprache des Feldes" zu erlernen.

2. Aufarbeitung der Entwicklung von Stadtstrukturen und - in gewissem Rahmen - der Stadtgeschichte anhand von **Experten-interviews** und **Dokumentenanalysen** (z.B. die Ortschronik, alte Zeitungen etc.).

3. In ausführlichen, biographisch orientierten Gesprächen, die mit Tonband aufgezeichnet wurden, habe ich fast 200 Bürger Wurzens selbst zu Wort kommen lassen. Das Spektrum der Personen war breit: Alte und Junge, Männer und Frauen, Lehrer und Schüler, politisch Überzeugte und Menschen, die das System eher gleichgültig hinnahmen, Betriebsleiter und Arbeiter, Verwaltungspersonal und private Selbständige gehörten zu meinen Gesprächspartnern. Die Interviews habe ich im Zeitraum von September 1990 bis Mai 1992 durchgeführt.

Die politische 'Wende' in Wurzen¹²

1. Vorboten der 'Wende'

Eine ganze Reihe von Autoren hat bereits auf den Zirkel von Unzufriedenheit, Abwanderung, der Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bleibenden, einem weiter sinkenden Vertrauen in die politische Führung und dem wachsenden Mut zu öffentlichem Widerspruch hingewiesen.¹³ Wie gravierend sich die Ausreisewelle auf die materielle Situation und das soziale Klima auswirkte, läßt sich am Beispiel einer Kleinstadt wie Wurzen, in der die materiellen und personellen Ressourcen schon immer sehr knapp waren, besonders deutlich zeigen. Nicht visionäre Utopien, sondern ganz konkrete krisenhafte gesellschaftliche Zuspitzungen haben zu einer Protesthaltung im Kreis geführt. Welche Vorzeichen dafür gab es in Wurzen?

Der Blick in die Wurzener Ortschronik macht eine sich Ende der 80er Jahre verschlechternde Stimmungslage im Kreis deutlich und zeigt, daß sich seit Mitte des Jahres 1988 Mängel in der Versorgungslage (Handel, Dienstleistungen) und der Infrastruktur (Bauen, Wohnen) zuzuspitzen begannen. Mehr als über materielle und infrastrukturelle Versorgungsengpässe war man jedoch unzufrieden darüber, daß dies von der Führungsspitze im Kreis nicht zugegeben und mit den Betroffenen öffentlich über Abhilfe nachgedacht wurde. Stattdessen dominieren Lobeshymnen über das Erreichte. Der Brand einer Scheune in der Nacht zum Neujahrstag 1989 z.B. hatte für den Stadtchronisten symbolischen Charakter und signalisierte einen deutlichen Stimmungswechsel im Kreis: "Das neue Jahr beginnt mit Feuer" heißt es in der Ortschronik am 5. April 1989 und weiter: "Was hindert uns eigentlich daran, unsere Angelegenheiten besser zu gestalten, unsere Probleme in der Stadt selber zu lösen? Diese Fragestellungen bewegen bewußt oder unbewußt alle Einwohner ... Die Bürger fühlen sich von den Staatsorganen nicht 'ernstgenommen'. Sie beklagen sich, daß sie über geplante Vorhaben ... nicht bzw. nicht genügend informiert werden. So kommt es zu Beschwerden (Abriß eines Gebäudes ohne

¹² Das Jahr 1989 in der Erinnerung des Wurzener Stadtchronisten siehe Ebert 1990.

¹³ Zum Wechselverhältnis von Abwanderungsmöglichkeit und wachsendem Widerspruch im Innern der DDR vgl. vor allem Hirschman 1992.

Benachrichtigung der Anwohner), Eingaben ... und zu zahlreichen anderen Unmutsäußerungen (Umwelt, Versorgungsfragen). So entstehen Spannungen. Unmutsäußerungen sind jedoch auch gepaart mit Resignation. Welche Macht empfindet man denn? Ständig stößt man auf das Argument der begrenzten Kapazitäten."

Man mag vielleicht einwenden, daß Versorgungslücken für die DDR doch nicht ungewöhnlich waren. Dennoch ist das Mißverhältnis von Realität und offiziellen Erfolgsmeldungen von immer mehr Bürgern als immer krasser wahrgenommen worden, zumal in einem kleinen, überschaubaren Kreis wie Wurzen bestimmte Veränderungen viel fühlbarer sind. Ich nenne dafür drei Gründe:

1. Durch zunehmende Eingriffe des Bezirks in die territorialen Ressourcen, z.B. den Abzug von Arbeitskräften im Bau, verblieben Kommunen wie Wurzen immer weniger Kapazitäten für eigene Belange.

2. Die seit April 1989 in Kraft getretene neue Verordnung über Reise- und Ausreiseangelegenheiten erlaubten nun immer mehr Menschen einen unmittelbaren Vergleich beider deutscher Staaten.

3. Schließlich stürzte die seit Sommer '89 dramatisch gestiegene Fluchtbewegung bestimmte kommunale Bereiche, z.B. die medizinische Versorgung in eine Krise. In einer Kleinstadt sind eben zwei im Westen gebliebene Ärzte - wie damals es tatsächlich der Fall war - schwerer zu ersetzen als in einer Großstadt. Auch der Handel steckt in einer Krise: "Die HO feiert ihr 40-jähriges Bestehen im Kreis Wurzen, aber sie sitzt in einer Klemme. Während der Ratssitzung heute offenbart sich, daß sie ihre Versorgungsleistungen "einschränken" muß, weil Mitarbeiter fehlen. Verkäuferinnen haben ihren Beruf gewechselt. Die Ausreisewelle hat das ihrige zum Dilemma beigetragen. Und das vor dem 40. Geburtstag der Republik" (Stadtchronik am 1.9.1989).

Mit der Ausreise guter Freunde, Bekannte und Verwandte schließlich brachen nicht nur wichtige soziale Kontakte ab, sondern auch das soziale und kulturelle Leben der Stadt wurde eintöniger. Ein Fernmeldemonteur, Ende Zwanzig, meinte: "Na ja, also für mich persönlich hat sich die Wende schon abgezeichnet durch meinen Bekanntenkreis, weil ja 70% von guten Bekannten und Freunden hier die Flocke machten. ... Du hast ja hier versucht, dir das Leben dahingehend noch angenehm zu gestalten mit einem guten Freundeskreis, oder im privaten Sektor eben, weil es in anderen Bereichen nicht ging. Also im gesellschaftlichen, offiziellen Leben ging das nicht, also reisemäßig ging es auch nicht sonderlich, vom Ostblock mal

abgesehen. ... Also da habe ich mir dann eben die Frage gestellt, wie geht das Ding weiter hier. Was soll da werden? Und gehste nicht auch noch?"

Das Jahr 1989 wurde auch von Eltern als deprimierende Zeit erlebt. "Die jungen Leute, die wir hatten, gingen scharenweise in die BRD, berichtete ein Informatiker, Jahrgang 1942: "Ob illegal oder per Ausreiseantrag, wo man hinhorchte, es ist wieder jemand weggegangen. Das wurde noch schlimmer, als dann Ungarn die Grenze aufmachte, als die Tschechen nicht mehr mitmachten, wo dann die Botschaftsbesetzungen kamen, die Nachbarstaaten das Theater nicht mehr mitmachten, und da fragte man sich, wie soll das weitergehen? Und da kam zunehmend eine kritische Stimmung auf, daß man sagte, was haben wir hier noch zu verlieren?" Mit der Ausreise jüngerer Leute drohte aber nicht nur dem Staat, sondern auch einer ganzen Generation der Zusammenbruch der eigenen Zukunft.

Auch wenn die wachsende Unzufriedenheit bislang nicht öffentlich artikuliert wurde, schienen sich kritische Gespräche und Kommentare zur Lage zumindest auf halböffentlichen Foren schon seit Mitte/Ende der 80er Jahre gehäuft zu haben.¹⁴ Wirklicher Raum für breitere öffentliche Kritik eröffnete sich jedoch erst zu der Zeit, als Ungarn Anfang Mai '89 die Sperranlagen an den Grenzen abbaute. Der darauf dramatisch wachsenden Fluchtbewegung folgten zwei Entwicklungen. Erstens hatte sie - zumal sich auch die Ausreisewilligen immer mehr als zum Teil organisierte Gruppen nach außen zu erkennen gaben (und dies auch konnten, weil sie in der DDR ohnehin gesellschaftlich marginalisiert waren) - eine gewisse Sogwirkung auf Unentschlossene. Zweitens offenbarte die Abwanderungswelle eine deutliche Schwäche der DDR-Regierung, die die Bleibenden mutiger werden ließ. Sie ermutigte die, die bleiben wollten, zu öffentlichem Widerspruch und kollektiven Aktionen. Zugleich delegitimierte sich das System dadurch, daß es Probleme ignorierte oder verzerrt darstellte. Ein selbständiger Fuhrunternehmer (Jg. 1934) erinnert sich: "Und dann diese ganzen Sachen mit den Botschaftsbesetzungen, das machte natürlich alles noch viel, viel schlimmer. Das war ein regelrechter Volkszorn, der sich entwickelte, und die öffentliche Darstellung war ja wirklich schamlos, und der Schnitzler, wenn sie sich das mal angesehen haben, die Sachen, die da propagiert wurden, das war ja wirklich das Letzte. Und ich muß sagen, na, es konnte einem schon die Tränen in die Augen treiben, ja, man mißachtete wirklich den Willen der Menschen und die Einstellung der Menschen und das Heimatgefühl der Menschen. Und wenn Tausende

¹⁴ Die Kritik wuchs auch innerhalb der SED als die DDR-Führung auf dem XI. Parteitag der SED 1986 deutlich zu erkennen gab, daß sie nicht bereit war, sich dem liberaleren Kurs von M. Gorbatschow anzuschließen.

und noch Tausende ihre Heimat verlassen und diese als Vaterlandsverräter und als Verbrecher und was weiß ich hingestellt werden oder die, die 'nen Ausreiseantrag gestellt haben und die dann mit unwahrscheinlichen Repressalien leben mußten diese Menschen, man kannte ja die Leute auch und wußte, daß es keine schlechten Menschen waren. ... Also dort sah man dann wirklich, was an dem System dran war, an Menschlichkeit und Toleranz und freiheitlichem Gedankengut, also, da war nichts da würd' ich sagen. Dort haben sie sich wirklich die letzten Trümpfe aus der Hand gegeben und alles verscherzt dann."

Aus der allgemeinen Unzufriedenheit heraus wollten viele auch in Wurzen bei den Volkskammerwahlen im Mai 1989 Zeichen setzen, indem sie demonstrativ die Wahlkabinen aufsuchten, ungültig stimmten oder den Wahlen ganz fernblieben. Eine andere Reaktion konnte auch in dem - damals allerdings vergeblichen - Bemühen bestehen, sich auch als Parteiloser um ein Mandat zu bewerben und darüber mitbestimmen zu wollen. Das offizielle Wahlergebnis im Kreis, nach dem lediglich 2,33 Prozent der Bürger gegen die Einheitsliste gestimmt hatten, sprach gegen eigene Erfahrungen. Spätestens jetzt hatte man erkannt, ich zitiere einen heutigen Abgeordneten des Neuen Forums (Jg. 1951), "daß die Lösung meines Problems nicht mehr meine Sache alleine (war), sondern ich habe erkannt, daß es vielen ja so ging. ... Und da hat man gesagt, jetzt geht es wirklich nur noch mit politischen Mitteln". Zu diesem Zeitpunkt, also Anfang Mai, begannen die bisher vereinzelt und latent gebliebenen Unmutsäußerungen lauter und öffentlicher zu werden, die Opposition formierte sich.

Ausdruck des wachsenden Muts an die Öffentlichkeit zu gehen war außerdem eine breit angelegte regionale Protestaktion im Sommer 1989, die maßgeblich von dem aus ca. 5-6 Leuten bestehenden Wurzener Friedens- und Umweltkreis getragen wurde. Es handelte sich um eine groß angelegte Fahrradfahrt unter dem Motto "Mobil ohne Auto" und Aktionen gegen ein geplantes Atomkraftwerk in der Region. Der Friedens- und Umweltkreis hatte sich seit 1985 unter dem Dach der evangelischen Kirche gebildet, war mit seinen Aktionen zunächst aber kaum an die Öffentlichkeit gedrungen, sondern organisierte Abendmahlsfeiern, Dichterlesungen, Liederabende und Diskussionsrunden. Ferner wurden Energieseminare veranstaltet, Bäume gepflanzt, "Tümpel saubergemacht" und über Eingaben verstärkt Kontakt mit Behörden gesucht.

Öffentlicher Protest und Widerspruch in Wurzen dürfen allerdings auch nicht überschätzt werden. Von der schon zu Beginn des Jahres in Leipzig stattgefundenen Gegendemonstration anlässlich einer offiziellen Kundgebung zum Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von den Friedensgebeten oder den Demonstrationen Ausreisewilliger wußte man in

Wurzen lediglich per Gerücht und Buschfunk. Nur einige wenige Wurzener verfügten schon damals über Kontakte zu den Leipziger Bürgerbewegungen. Erst am 24. Juni 1989 findet sich in der Leipziger Volkszeitung unter der Überschrift "Was trieb Frau A.K. ins Stadtzentrum?" ein erster offizieller Hinweis darauf, daß sich auch Wurzener Bürger an Montagabenden in der Leipziger Nicolaikirche einfinden. Um den scharfen und propagandistischen Tonfall zu charakterisieren, soll die Meldung hier vollständig wiedergegeben werden: "Bestimmt wird der Frau gleichermaßen bekannt sein, daß sie im anderen deutschen Staat, den sie für lebenswerter hält, ein solches Umsorgtsein, eine solche Fürsorglichkeit, eine solche soziale Geborgenheit für sich und ihre Kinder nie erwarten kann. Aber sie gesellte sich dennoch zu denen, die ihr Heimatland DDR auf Leipzigs Straßen verketzern und beleidigen wollen und darüber hinaus die öffentliche Ruhe und Ordnung stören. Diese Unruhestifter setzen sich mit ihrem Treiben in voller Absicht über die bei uns gültigen Normen des Zusammenlebens hinweg. Sie haben - das gilt auch für Frau A. K. - die Folgen ihrer provokatorischen Handlungen selbst zu verantworten. Diese Leute werden zu willkommenen Handlangern jener Kräfte in der BRD, die unsere sozialistische DDR von innen heraus so langhaltend und tiefgreifend "reformieren" wollen, bis die Agonie eintritt und vom Sozialismus nichts mehr übriggeblieben ist. Genau das ist ihr Ziel, seitdem es die DDR gibt und seitdem dieses Land ein neues Kapitel deutscher Geschichte schreibt. Es wären eine ganze Menge ehrenwerter Gründe denkbar, warum Frau A.K. aus Wurzen am vergangenen Montagabend in der Leipziger Innenstadt anzutreffen war. Sie ist jung und hat dementsprechend Einkaufswünsche oder will sich einen neuen Film ansehen oder in der Eisbar den Feierabend genießen. Zeit hat sie, denn sie nutzt nach der Geburt ihres zweiten Kindes das hierzulande mögliche "Babyjahr". Aber nicht solche ehrenwerten Gründe bestimmen den Weg der Frau, sondern ein höchst verurteilenswerter. Sie fuhr in eindeutig provokatorischer Absicht nach Leipzig, um gemeinsam mit Vertretern bestimmter Gruppierungen - darunter solchen aus Halle, Dessau und Dresden - im Zentrum der Bezirksstadt die öffentliche Ordnung zu stören, die Ruhe und Sicherheit der Bürger anmaßend zu beeinträchtigen und auf Konfrontation mit unserem Staat DDR und mit unserer Gesellschaft zu gehen. Das hatten Gruppen solcher Personen in den vergangenen Monaten schon einige Mal versucht und hatten dazu im Januar schamlos auch das Gedenken an Karl Liebknecht/Rosa Luxemburg oder im März die Frühjahrsmesse mißbrauchen wollen. Jetzt also war zu diesem Zweck auch Frau A.K. angereist. **Alle Vorzüge genießen, aber unsere Gesellschaft negieren.** (Leipziger Volkszeitung vom 24./25. Juni 1989)

Der 40. Jahrestag der Republik fand in Wurzen laut Ortschronik "unter strenger Aufsicht" der Sicherheitskräfte, in "gedrückter Stimmung" und unter geringer Beteiligung an den offiziellen Veranstaltungen statt. Zwei Tage später, am 9. Oktober '89, haben sich, diesen Schluß kann man

aus den Interviews ziehen, bereits mehr Wurzener als sonst dem rd. 70.000 Menschen zählenden Demonstrationzug auf dem Leipziger Ring angeschlossen. Dennoch räumt die Mehrzahl meiner Interviewpartner ein, daß sie bis Mitte Oktober nur am Rande, z.B. auf dem abendlichen Nachhauseweg von der Arbeitsstätte in Leipzig, zugeschaut hätten. Etliche Sympathisanten blieben aus Rücksicht auf Familie und Kinder ganz zuhause und verfolgten vor allem den Ausgang des 9. Oktober, bei dem viele ein Blutbad befürchteten, lediglich über die Medien. Wie sehr die Teilnahme an den Demonstrationen für die meisten damals gefährlich und brisant war, wird aus heutiger Sicht oft vergessen. Die Schilderungen der persönlichen Ängste machen auch deutlich, daß bei den Älteren die Ereignisse des 17. Juni und der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei noch deutlich in Erinnerung waren. Auch der Kommentar von Egon Krenz zu der Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Die Furcht vor einer gewaltsamen Eskalation spaltete Familien, Freunde und Arbeitskollegen. Eltern hofften, daß ihre damals bei der NVA dienenden Söhne nicht gegen Demonstranten eingesetzt werden könnten, Beschäftigte fürchteten auf Demonstrationen eigenen Kollegen, wenn diese zu den Betriebskampfgruppen gehörten, gegenüberstehen zu müssen. Mut, schließlich doch auf die Straße zu gehen, faßten die meisten erst nach und nach, als über die Medien deutlich wurde, daß es zu keinen größeren gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen war. Das führt zu meiner zweiten These, den Einfluß der Medien auf den Beginn und den Ablauf des Wendegeschehens in Wurzen.

2. Die Rolle der Medien

Einer meiner Interviewpartner, Dieter S., der im Herbst '89 in einem kleinen Schallplattengeschäft in Leipzig arbeitete und schon vor dem 9. Oktober dabei war, schrieb nachträglich in sein Tagebuch: "Eine unblutige Revolution wird mit Videokameras als Waffe geführt. Gott sei Dank, durch die ständige Gegenwart internationaler Medien ist Großgewalt in Leipzig verhindert worden. Öffentlichkeit ist der Feind jeder Diktatur. Die Medien haben das Feuer in Leipzig noch angefacht. Abends erscheinen wir in der Kamera. Das war wichtig. Das war ein Kampf durch die Medien."

Die Medien waren eine wichtige und in fast alle Regionen des Landes reichende Informationsquelle über das aktuelle Demonstrationsgeschehen. Der auch von den Wurzenern über das Fernsehen verfolgte unblutige Ausgang der Demonstration am 9. Oktober, ein Tag, den etliche Interviewpartner im übrigen viel eher als Feiertag befürwortet hätten als den 3. Oktober, war für viele ein deutliches Signal für den Machtverfall des Systems, so auch z.B. für einen

Ingenieur für Maschinenbau, zugleich FDJ-Sekretär seines Betriebs (Jg. 1959), der sich noch gut an diese Zeit erinnern kann: "Im September war ich mit meiner Familie im Urlaub an der Ostsee, das weiß ich noch ... dort oben waren wir abgeschieden, da gab's ja nun kaum Fernsehen und Radio, und ich habe da die Zeitungen verfolgt, die gräßlichen Attacken, die immer schlimmer wurden hier, so, und dann kamen wir wieder, und dann merkten wir wie die Stimmung umschlug, das merkte ich selber. Wir waren dann einfach mutig geworden. Wir hatten die Schnauze voll. Auch auf Arbeit, ich war mit vielen jungen Kollegen zusammen, waren alle so in meinem Alter, und da haben wir einfach Zeitungsartikel ausgeschnitten, einfach ans Reißbrett gehangen, die unsinnigen Stellen rot unterstrichen, und dann immer die verrückten DDR-Bürger, die Zahlen jeden Tag draufgeschrieben, die nun hier da abgedampft waren. Es traute sich auch niemand mehr, was dagegen zu unternehmen. Wenn man sich es so im nachhinein überlegt, das System befand sich wirklich total in Auflösung, es war auch niemand da, der dagegen was unternahm. Der Direktor hier, die waren ja alle Mitglieder der Partei, die kamen 'rein und lasen jeden Tag die Zahl und gingen wieder und machten nichts und sagten nichts. Na ja, dann spitzte sich die Situation ja Anfang Oktober zu, da war's ja chaotisch, und dann kam der berühmte 9. Oktober ... Und dann hatte ich eben in den Spätnachrichten gehört, daß bei dieser Demonstration in Leipzig 70.000 waren und daß es friedlich abgelaufen ist ... und irgendwie bin ich dann an den Schrank gegangen, hab' mir 'nen ganz großen Slibowitz eingegossen, und ich wußte irgendwie, das war der Untergang der DDR, das hatte sich erledigt. Die ganzen Leute hatten Mut gefaßt. "

Der Rücktritt Erich Honeckers am 18. Oktober 1989 bekräftigte den Eindruck einer wachsenden Systemschwäche. Noch bis dahin hätte man, so der Stadtchronist, ja nicht genau gewußt, wie die Sache verlaufe und abgewartet. Nun schien die "Illusion der Unabwendbarkeit" (Moore 1982:609) der Verhältnisse endgültig überwunden, konnte sich die moralische Empörung stärker entwickeln und traute man auch dem eigenen politischen Einfluß mehr zu.

Der unmittelbare Ausgangspunkt dafür, auch die Stadtkirchen in den umliegenden Kreisen für Friedensgebete zu öffnen, waren Probleme, die Menschen in den Leipziger Kirchen überhaupt noch unterzubringen und massive Behinderungen und Kontrollen der Bürger durch Sicherheitskräfte auf Fernstraßen und Bahnstrecken in die Bezirksstadt. Außerdem fühlte sich die Kirche in der Verantwortung. Der Pfarrer (Jg. 1952) eines kleinen Nachbarortes berichtet: "Als dann am 4. Oktober Pfarrertag in Leipzig war, und da war das nun eskaliert, daß da letztes Mal 25.000 vor der Nikolaikirche gestanden hatten. Und der Bischof hat uns dringend angefleht geradezu, sofort die Friedensgottesdienste abubrechen, weil er sich nur ein Blutbad vorstellen konnte ... Und die 300 Pfarrer, die dort in Leipzig zusammen waren, die haben also

geschlossen votiert: Nein, wir halten durch. Die Leute sind da, wenn wir weg sind, dann haben die überhaupt keinen Halt mehr ... und es kam am Ende die Entscheidung, nein, nicht aufhören, sondern ausbreiten in allen Stadtkirchen."

Das erste Friedensgebet, an dem ca. 80 Personen teilgenommen haben sollen, fand am 9. Oktober im Wurzener Dom statt. Dies war gemessen an Leipzig¹⁵ zwar zeitlich verzögert, im Vergleich zu den anderen umliegenden Kreisstädten, so der Superintendent der Evangelischen Kirche, sei man jedoch einer der ersten Kreise im Bezirk gewesen, der Montagsgebete organisiert habe. Schon nach dem 2. Friedensgebet am 16. Oktober kam es zu einer spontanen anschließenden Demonstration, an der sich ca. 300 Leute beteiligten. Die Zahlen steigerten sich nach Angaben des Superintendenten der evangelischen Kirche im weiteren Zeitverlauf bis zu rd. 1.500 Menschen, so daß in der katholischen Herz-Jesu-Kirche und der evangelischen Stadtkirche St. Wenceslai Parallelangebote gemacht wurden.

Insgesamt entspricht der Verlauf der Ereignisse im Herbst '89 und in den darauf folgenden Monaten in Wurzen in weiten Teilen den Leipziger Ereignissen. Ich möchte daher nur punktuell auf einige Besonderheiten eingehen und in meiner dritten These die Akteure charakterisieren.

3. Die Akteure

Mir sind bislang nur wenige Analysen der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wendeakteure bekannt. Vertreten waren neben politischen Gruppen der oppositionellen Bürgerbewegung, Teile der evangelischen Kirche, der kritischen Intelligenz und der kulturellen Eliten. Kritische reformorientierte Strömungen in der SED hat es zwar gegeben, ihre Bedeutung für das Entstehen von Protesten wird jedoch allgemein als gering erachtet. Bisherige Schätzungen gehen davon aus, daß es 1988 in der DDR rd. 150 bis 300 oppositionelle Gruppen gegeben haben soll. Die Mehrzahl der Mitglieder, darin stimmen die meisten Erhebungen überein, sollen zwischen 25 und 40 Jahren alt gewesen sein. Immerhin rd. 12 % der Mitglieder von Oppositionsgruppen sollen ohne festes Arbeitsverhältnis gelebt haben.¹⁶ Über den Anteil

¹⁵ Die Montagsdemonstrationen begannen in Leipzig am 4. September mit rd. 1.200 Menschen. (Reich 1994b)

¹⁶ Zur Schätzung und Charakterisierung der Gruppen in der DDR 1988/1989 vgl. zusammenfassend Wielgoß/Schulz 1990:17 ff. sowie Meuschel 1992:316; Opp/Voß 1993:202 und Blattert/Rink/Rucht 1994.

der Intelligenz bzw. der Hoch- und Fachhochschulabsolventen gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Gehen einige Autoren von einer besonders hohen Beteiligung von Hoch- und Fachhochschulabsolventen am Protest aus, so kommen die Autoren Opp und Voß (1993) in ihrer Untersuchung über demographische Merkmale und Protest zu dem Ergebnis, daß Personen mit Hochschulabschluß seltener teilgenommen hätten als (Teil)Facharbeiter, Absolventen von Fachschulen und Meister. Die Schulbildung habe nur einen schwachen Einfluß auf die Protestbeteiligung gehabt. Auch die berufliche Stellung habe sich nicht als besonderer Einflußfaktor bemerkbar gemacht. Dagegen hätten Alter und Geschlechtszugehörigkeit schon eher eine Rolle gespielt: Je älter, desto seltener hätten sich Personen beteiligt, Männer seien am Wendegeschehen aktiver gewesen als Frauen. Es hätte jedoch keine Gruppe gegeben, die eine besonders herausragende Rolle bei der politischen Wende gespielt hätte.¹⁷ (Opp/Voß 1993:212 ff.)

Im Vergleich dazu ist für Wurzeln eine geringere Vielfalt der politischen Gruppierungen charakteristisch. Die ersten Protagonisten der Wende waren hier häufig älter: zwischen 35 und 50 Jahre alt. Sie waren vielfach parteilos oder, das fällt auf, in den beiden Blockparteien LDPD und NDPD organisiert.¹⁸ Aktiv am Wendegeschehen beteiligt waren außerdem Selbständige aus

¹⁷ Die Führung sozialer Revolutionen erfolgte in der Geschichte häufig durch Intellektuelle. "Sie allein", so Lenski (1977:106), "sind fähig, das eine und entscheidende Ingredienz zu liefern, ohne das soziale Revolutionen nicht möglich sind - eine neue Ideologie, welche die herrschende herausfordert und zerstört. Ideologien sind die Betriebsmittel der Intellektuellen ..." Da herrschende Politiker versuchen, sie durch Beteiligung an Macht und Privilegien zu Unterstützung und Dankbarkeit zu verpflichten, ist ihre Rolle stets ambivalent. Die Zerrissenheit der Intelligenz im Staatssozialismus erklärt auch Jens Reich: Die Intelligenz wurde seiner Meinung nach zum Subjekt des friedlichen Umsturzes "gerade weil sie lau ist, unentschieden, mit einem Bein im Herrschaftsapparat, mit dem anderen im Volk. Beteiligt, widerwillig beteiligt, an der suboptimal-rationalen Regelung des Staats- und Wirtschaftslebens, gleichzeitig unzufrieden, weil die technologisch-schöpferische Kreativität im Vergleich zu den Kollegen im Westen so sehr behindert ist, daß es keinen Spaß bereitet, an der Steuerung und Reparatur dieses veralteten Apparats mitzuwirken." (vgl. Reich 1992:151)

¹⁸ Der Stadtchronist, damals wie heute an der Volkshochschule tätig und ehemaliges Mitglied der NDPD berichtet, daß es schon in der Zeit davor lebhaftere innerparteiliche Auseinandersetzungen gegeben hätte. Jetzt seien die Parteien herausgetreten aus ihrer Nische und hätten sich erstmal derer entledigt, die nicht mitkonnten oder

dem privaten Handwerk oder privaten Dienstleistungsunternehmen (z.B. ein Schornsteinfegermeister, ein Fuhrunternehmer, ein KFZ-Lackierer).¹⁹ Zuerst aufgetreten sind außerdem Leute, die aus dem Bereich der Volkshochschule kamen, der technischen Intelligenz in den Betrieben angehörten oder die in der kirchlich getragenen Sozialarbeit engagiert waren. Viele von ihnen gehörten zu dem Personenkreis in der DDR, der sich freiwillig oder gezwungenermaßen mit Positionen unterhalb der höheren Leitungsebenen arrangiert hatte und über gewisse Freiräume bzw. eine gewisse Unabhängigkeit verfügte. Zusammenfassend kann man sagen, daß weder das formale Bildungsniveau noch eine Parteilosigkeit bzw. Zugehörigkeit für eine bestimmte Partei für die Aktivitäten zur Wendezeit ausschlaggebend war, sondern bisherige Repressionserfahrungen und Freiräume. Es waren oft mutige Einzelpersonen mit einer gewissen Ausstrahlung, darunter einige, die sich nach eigener Einschätzung bereits am Rande der Gesellschaft befanden, ohne Privilegien, die man hätte verlieren können.²⁰

Zu den ersten Dialogen zwischen Bürgern und politisch Verantwortlichen hatten Ende Oktober, Anfang November Mitglieder der LDPD aufgerufen. Mitglieder und Sympathisanten des Neuen

wollten. "Und da war zweifellos die LDPD an diesem Punkt bedeutend schneller, sie war profiliert. Sie hatte Leute, die das auch sofort klarzumachen verstanden".

¹⁹ Nach Reich (1992:148) gehörten die "Enteigneten, die um ihr Lebensziel gebrachten Kleinproduzenten und Kleineigentümer" im Herbst 1989 gerade nicht zu den potentiellen Verbündeten für einen dritten Weg", sondern "zu den wütendsten Abwicklern des Systems". Sie "riefen lauthals nach dem Westsystem und waren taub gegen die Warnung, daß Discountketten und Konzerne unmöglich den Wiederaufbau eines kapitalschwachen Kleinmittelstandes fördern würden."

²⁰ Moore weist in seiner Analyse der sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand darauf hin, daß es, um irgendeine gesellschaftliche und moralische Wandlung in Gang zu setzen, eine Vorbedingung geben müsse, den gesellschaftlichen und kulturellen Spielraum innerhalb einer herrschenden Ordnung. "Eine Gesellschaft mit sozialem und kulturellem Spielraum stellt mehr oder weniger geschützte Enklaven bereit, innerhalb deren unzufriedenen oder unterdrückten Gruppen etwas Raum gegeben ist, um andere gesellschaftliche Institutionen, kulturelle Traditionen und Erklärungen der vorgefundenen Welt zu entwickeln. Gesellschaftlicher und kultureller Freiraum schließen die Möglichkeit ein, beim Erbauen der Zukunft zu experimentieren ... Sollen institutionelle Veränderungen stattfinden, müssen die, die den Freiraum bewohnen, willentlich oder unwillentlich ausreichende Kräfte für eine Herausforderung der herrschenden Vormachtstellung ansammeln." (Moore 1987:635)

Forums (ca. 10 Personen) waren bis zu diesem Zeitpunkt in Leipzig aktiv gewesen und unter viel Beifall der Bürger erst jetzt und zunächst in den Reihen des Publikums aufgetreten. Erst am 9. November 1989, also zwei Monate nach dem Gründungsauftrag des Neuen Forums, erfolgte die Eröffnung eines Büros dieser politischen Gruppierung auch in Wurzen. Erst jetzt, bei den Dialogen, kommt es zu einer Zusammenarbeit von Gruppen, die bisher kaum Kontakt zueinander gehabt hatten. Trotz aller Unterschiede waren die Fronten zu diesem Zeitpunkt noch deutlich durch den Gegensatz von "Volk" und "Apparat" gekennzeichnet: Die Vertreter der SED und die Spitzenfunktionäre der Blockparteien saßen bei den Dialogen vorn, Vertreter des Neuen Forums und spätere Gründungsmitglieder anderer Parteien im Publikum.

Die Beteiligung der Bevölkerung an den Demonstrationen, die seit Öffnung der innerdeutschen Grenzen explosionsartig anstieg, darf insgesamt nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der Wurzener Bevölkerung den Demonstrationen bis zuletzt ganz fern blieb und sich nicht "anschloß".²¹ Dazu gehörten die Leute, die ihre Interessen entweder nicht artikulieren konnten oder keinen Anlaß sahen, diesen Weg der politischen Auseinandersetzung zu gehen. Sie verfolgten das Geschehen zum Teil mit Unverständnis, zum Teil mit Angst über die Medien oder vom sicheren Fensterplatz aus.

4. Die Erosion der Macht

Die erst Ende Oktober (23.10.1989) beginnenden Dialoge mit der Führungsspitze im Kreis, in denen Demokratisierung, Rechtsstaat, Entmilitarisierung und die Reformierung wirtschaftlicher Strukturen gefordert wurden, kamen zu spät und mißlangen. Unter dem Motto "Der Dialog wird zur Phrase, drum geh'n wir weiter auf die Straße" zogen die Demonstranten vorbei an den Häusern der Exponenten des Systems, besonders solchen, die in ständigem Kontakt zur Bevölkerung standen. Man zog vor das Haus der SED-Kreisleitung, vor das Staatssicherheitsgebäude, das Haus der Kreisschulrätin oder das des zuständigen Bearbeiters der Ausreiseanträge. Auf den kleinen Mauern oder Zäunen vor den betreffenden Häusern wurden Kerzen entzündet, deren Wachsreste noch tagelang an den angestauten Volkszorn erinnern. Dem Vorsitzenden des Rates des Kreises wurde ein Strick vor die Tür gehängt, die erste Sekretärin der SED-Kreisleitung und die Kreisschulrätin erhielten nächtliche Morddrohungen.

²¹ Immer wieder versuchten Demonstranten solche "Zuschauer" mit dem Skandieren von "Schließt Euch an, schließt Euch an!" zum Mitmachen zu bewegen.

Die betroffenen Funktionäre reagierten mit Nervenzusammenbrüchen oder Rückzug in Krankheit. Nur wenige der Angegriffenen entschlossen sich in der Öffentlichkeit - auf dem Marktplatz oder im Kulturhaus - Stellung zu beziehen. Die Dialoge werden fast zu Tribunalen. Daran kann man sehen, daß in einer Kleinstadt, in der die Verhältnisse überschaubarer und schon durch die räumliche Nähe persönlicher sind - denn der Erste Sekretär wohnt nebenan - unter veränderten politischen Verhältnissen die soziale Kontrolle auch umgekehrt verlaufen kann. Das Verantwortlichmachen einzelner Funktionäre für Mißstände des Systems ist zudem die Kehrseite davon, daß in der DDR ein dichtes informelles Netz personaler Verflechtungen existiert hat und Machtstrukturen in hohem Maße personalisiert waren.

Ich möchte an dieser Stelle ganz knapp auf das Selbstverständnis der lokalen Führung und auf die erheblichen Informationsblockaden vor Ort eingehen, um dann die These von einem Machtzerfall von unten mit meinem Material zu erhärten.

Die Gespräche, die ich mit Funktionären der SED geführt habe, lassen den Schluß zu, daß es schon weit vor dem Herbst 1989 erhebliche Loyalitätsprobleme und auch Fraktionierungen in den Reihen der Mitarbeiter gegeben haben muß, ohne daß dies allerdings offen ausgetragen wurde.²² Ein Indiz dafür war eine Ende der 80er Jahre deutliche Zunahme von Parteiausschlüssen oder von Verfahren vor der Parteikontrollkommission. Die Differenzen innerhalb der SED, die erst dann offen ausbrachen, als die SED-Kreisleitung unter ernstem Legitimitätsdruck von außen geraten war, lassen sich auf Basis meines Materials grob so charakterisieren: Die damalige Erste Sekretärin der SED-Kreisleitung negierte im internen Kreis der Partei die Mißstände noch bis zu Beginn der Dialoge und verstand die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bis zuletzt nicht. Sie kriminalisierte Ausreisewillige und konnte sich deren Handeln nur als Resultat der Indoktrination des Klassenfeinds erklären. Michail Gorbatschow war für sie ein Verräter. "Am Ende wußte sie genauso wenig Rat, wie wir alle zusammen", erinnert sich der damalige Erste Sekretär der FDJ-Kreisleitung (Jg. 1955). "Wie sollte man das beeinflussen? Denn wir sind davon ausgegangen, wir brauchen Informationen von oben, wir

²² Hanf unterscheidet mindestens vier Gruppen: 1. Reformer in Anlehnung an die Politik Gorbatschows. 2. Militante Verteidiger der alten politischen Ordnung. 3. Mitglieder, die sich in der Aufgabe der DDR neue wirtschaftliche, politische und möglicherweise auch sicherheitsrelevante Positionen sichern wollten. 4. Mitglieder, die das Ziel verfolgten "nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel zunächst in Kooperation mit der Opposition ... und später mit der Bundesregierung eine gewaltvermeidende, kompromißfähige Abwicklung der DDR einzuleiten." (Hanf 1992:46)

brauchen Anweisungen von irgendwo, da können wir nicht einfach alleine losmachen. Da kam nichts mehr. Die Informationen, die gekommen sind, das war alles so lebensfremd, ... das war eigentlich alles wie gelähmt. ... Und vor allem, ich sehe es eigentlich auch so, daß viele Mitarbeiter, die gerade in solchen Wirtschaftskontrollbereichen gearbeitet haben, die wußten da viel besser Bescheid über die tatsächliche Situation, die wußten ganz genau, die DDR wäre so oder so bankrott gegangen, auch ohne die Demonstrationen. Warum soll man sich hier entgegenstellen?" Tatsächlich fehlte es in dieser Zeit nicht nur an der Geschlossenheit, sondern auch an Information und Kommunikation untereinander, wobei für die mangelnde Information die jeweils höhere Ebene verantwortlich gemacht wurde und sich die rigide Praxis der Geheimhaltung negativ bemerkbar machte. Vieles erfuhren Funktionäre vor Ort nach ihren eigenen Worten damals selbst nur über Presseerklärungen in Funk und Fernsehen. Zugleich wollten nur wenige Parteimitglieder durch öffentliche Kritik persönliche Risiken eingehen. So blieb es wie immer bei Resignation, Stillhaltetaktik und den sog. "Pausen-" oder "Unter-Und-Gesprächen". Der Bearbeiter der Ausreiseanträge im Rat des Kreises (Jg. 1943) beschreibt die damalige Stimmung: "Wenn ich mir die Parteiversammlungen ansehe, viel Diskussionen, am Ende nichts. ... Je weiter der Weg zur Wende hinging, umso größer wurden auch die Spannungen. Keiner traute sich mehr, was zu sagen. Jeder sah, was da wird, jeder sah, daß alles bröckelt, jeder hat sich eingegelt und versucht, seine Schäfchen zu retten und dann am Ende zu überleben."

Von einer solchen Haltung aus ist es nur ein kleiner Schritt, sich ganz im Sinne bisheriger Parteidisziplin als Opfer von Verhältnissen zu fühlen, über die man nie ausreichend informiert worden sei. Der Umstand, "die reale Lage nie auf den Tisch bekommen zu haben", hätte, so die Meinung der ehemaligen Kreisschulrätin, in der Partei auf allen Zuständigkeitsebenen einen "bösen Hochmut" entstehen lassen.

Eine zweite Gruppe rang sich zu einem generellen Eingeständnis von Fehlern der Partei durch, für die man sich verantwortlich fühlte, verwies aber nicht ohne Stolz auf den persönlichen Einsatz im Kreisgebiet. Ihre Strategie hieß: Kritiker an der Macht teilhaben lassen, ihnen Einfluß und Stimme zuzusichern, ohne allerdings auf den Führungsanspruch der SED selbst verzichten zu wollen, gleichzeitig Bürgerbewegungen unterwandern und langfristig zu zersplittern versuchen.

Andere hatten schon lange viel Ein- und Festgefahrenes im Land beobachtet. Sie plädierten für eine Änderung des Wahlsystems und hofften auf Veränderungen, die vor allem dazu beitragen sollten, im alltäglichen Leistungsgefüge effektiver zu sein. Eine gewisse Einschränkung des

generellen Führungsanspruchs der Partei und eine Veränderung der Machtstrukturen schlossen sie nicht aus, wobei sie für sich selbst in diesem Prozeß einen politischen Aufstieg erhofften.

Unter massivem öffentlichen Druck durch die Bürger Wurzens sahen sich die Funktionsträger der SED mehr und mehr gezwungen, ihren Macht- und Führungsanspruch aufzugeben. Die Forderungen nach Transparenz von Entscheidungen, Entfaltung von Öffentlichkeit und gesellschaftlichem Dialog sowie basisdemokratischen Mitgestaltungsmöglichkeiten setzten auf Betriebsebene an, auf der sich die ersten heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abspielten. In der Folge löste die SED ihre Parteiorganisationen in den Betrieben auf (einschl. der Kampfgruppen). Der Prozeß der Rücknahme des politischen Einflusses der SED setzte sich damit fort, daß die Nationale Front mit Wirkung vom 14. Dezember ihre Tätigkeit einstellte. Bereits am 5. 12. wurde die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit (zu diesem Zeitpunkt Amt für Nationale Sicherheit genannt) von einer Staatsanwältin unter Beteiligung von Mitgliedern der Bürgerbewegung aufgelöst und versiegelt. Bereits vor dem Tag, an dem die Volkskammer der DDR den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung strich (1.12.1989), hatte im Kreis ein Führungswechsel innerhalb der SED-Kreisleitung stattgefunden (10.11.1989). Aber auch wenn die vollzogenen bzw. angekündigten weiteren Veränderungen innerhalb der SED nur einen Strukturwandel und Erneuerungsprozeß signalisieren sollten, konnte spätestens jetzt kein Zweifel daran bestehen, daß die SED ihre führende Rolle verloren hatte, auch wenn viele ihrer formalen Strukturen noch viel länger Bestand hatten. (Vgl. auch Meuschel 1992:317)

Ein späterer Versuch einzelner Parteigruppen, allen voran der FDJ, durch einen parteiinternen Führungswechsel die Machtstrukturen zugunsten anderer Mitgliedergruppen zu verschieben und die SED "mit Kraft und Stehvermögen" ihrer treuesten Mitglieder zu erhalten (Leipziger Volkszeitung vom 6.12.1989), erwies sich als Illusion. Viele SED-Genossen, die die Zeichen der Zeit erkannt zu haben glaubten, zogen schnell andere berufliche Alternativen einer nun sehr unsicheren Parteikarriere vor. Ein Kennzeichen der damaligen SED-Parteisitzungen waren daher hauptsächlich moralisch gefärbte Diskussionen über Treue bzw. die Abtrünnigkeit einzelner Genossen.

Warum waren die kommunalen Partei-, Sicherheits- und Staatsapparate nicht fähig oder willens, alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel - und sei es Gewalt - einzusetzen, um ihre Macht zu sichern? Zwei wesentliche Argumente sind bereits gefallen: der innere Erosionsprozeß der Partei, der ein entschiedenes gemeinsames Vorgehen verhindert hat und fehlende zentrale Anweisungen für die Handelnden auf kommunaler Ebene. Dazu kommt eine generelle Tendenz

der Verantwortlichen in der DDR, sich schwierigen Entscheidungen zu entziehen und diese an die Zuständigen der nächst höheren Ebene zu delegieren. Die Tendenz, problematische Entscheidungen nach oben zu verschieben ist konstituierender Bestandteil eines Systems gewesen, in dem sich die Parteispitze umfassende Kontroll- und Interventionsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Bereiche vorbehielt und ihre leitenden Mitglieder zu absolutem Gehorsam und genereller Fügsamkeit gegenüber Parteibeschlüssen verpflichtete. Eine solche Parteistrategie konnte dann aber auch dazu führen, daß Selbstverantwortung und Risikoübernahme, selbst in Situationen, wo sie möglich oder eventuell sogar erforderlich gewesen wären, **nicht** wahrgenommen wurden. (Vgl. auch Lepsius 1994:20) Resultat war eine unter kommunalen Verantwortungsträgern verbreitete Mentalität doch nur das sprichwörtliche "Rädchen im Getriebe" zu sein und nur auf Anweisung von oben zu handeln. Dies gibt z.B. auch der ehemalige Wirtschaftssekretär der SED-Kreisleitung (Jg. 1941) offen zu: "Im Herbst 1989, ich muß ehrlich sagen, im Innersten hat man immer noch ein gewisses Vertrauen oder den Glauben gehabt, daß eigentlich wir als "Kleine" in Anführungsstrichen vielleicht den Überblick nicht so haben, was sich eigentlich die Parteiführung und Staatsführung denkt. Die müßten ja eigentlich die Zusammenhänge kennen, wie sie das vielleicht doch noch versuchen in den Griff zu kriegen, wirtschaftlich zu verbessern oder irgendwie Konsequenzen draus ziehen, das verändern. Wir wußten ja gar nicht mehr, was wir sagen sollten."

5. Die 'Wende in der Wende' und die Rolle basisnaher Aktionsformen

Während der am 13. November 1989 zum neuen Ministerpräsident gewählte Hans Modrow noch eine demokratische Erneuerung des politischen Lebens versprach und sich auch die Bürgerbewegung in einem DDR-weiten Aufruf vom 26. November gegen einen moralischen und materiellen Ausverkauf der DDR an die BRD aussprach, wurde der Ruf auf den Straßen der Städte und Gemeinden nach "Deutschland einig Vaterland" immer lauter. Seit Anfang Dezember entwickelten die Demonstrationen auch in Wurzen immer mehr einen ganz eigenen Stil. Schwarz-rot-goldene Fahnen dominierten. Ein künftiges DSU-Mitglied heizte die Stimmung an, indem es auf einem Demonstrationzug eine Abstimmung über die deutsche Einheit vorschlug. Wer für die deutsche Einheit und die D-Mark sei, solle durch die vom Marktplatz abgehende schmale, sehr schlecht erhaltene Badergasse laufen, alle anderen mögen die Jacobsgasse - das ist eine der besseren Einkaufsstraßen in Wurzen - benutzen. Die Mehrheit ging durch die Badergasse. Gleichzeitig gewannen die Demonstrationen ab Dezember an Stärke und an Aggressivität. Nicht nur die im Kreuzfeuer stehenden SED-Funktionäre beschreiben die Demonstrationen zu dieser Zeit daher als "Massenhysterie" oder "Massenpsychose". Am

20.11.1989 gingen bereits rd. 1.500 Bürger in Wurzen auf die Straße, am 4.12. waren es schon 5.000. Dennoch waren es weit mehr Wurzenener, die an Montagsdemonstrationen teilgenommen haben, weil ein Teil von ihnen nach Leipzig fuhr, um z.B. anonym bleiben zu wollen oder weil man einer Zersplitterung der Kräfte entgegenwirken wollte. Anders ausgedrückt: Die Leipziger Montagsdemonstrationen dürften in nicht unerheblichem Maße durch Bewohner aus dem Umland verstärkt worden sein.

Der weitere Verlauf des Geschehens stand ganz unter dem Eindruck in das Unabänderliche: So plötzlich, wie die Wende begonnen hatte, so plötzlich wurde sie als eher schicksalhaftes Ereignis betrachtet, das "wie ein Fieberschauer über die Gesellschaft fegte" (Stadtchronist) und dem sich viele Gruppen der Bürgerbewegung ohnmächtig gegenüber sahen. "Ich habe die DDR, mein Land, nie wieder so geliebt, wie in diesen Oktobertagen" beschreibt eine Sozialdiakonin, Jg. 1953, damals Mitglied des Neuen Forums, ihr Gefühl. Die Aktionen in der ersten Phase der Wende, also bis zur Öffnung der innerdeutschen Grenzen, führten bei vielen Beteiligten zu einer solidarischen Aufbruchstimmung, die an die längst verloren gegangene Utopie "eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz" anknüpfte. Die deutsche Einheit war für viele Wendeakteure gerade aus den Bürgerbewegungen und dem kirchlichen Umfeld nicht im Blickfeld. Entweder war die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland damals keine gesellschaftliche Alternative oder sie war in Anbetracht historischer Erfahrungen jenseits aller Vorstellungskraft. Aber die Übereinstimmung der reformwilligen Kräfte mit weiten Bevölkerungskreisen und die anfängliche Euphorie über neue Formen der Solidarität war nur von kurzer Dauer. Der Leiter der "Jungen Gemeinde" der evangelischen Kirche (Jg. 1962) beklagte: "Wir haben in Wurzen montags Gebete durchgeführt, glaube ich, bis Anfang '90 mit immer geringer werdendem Interesse in der Bevölkerung. Wir haben dann versucht, ein paar Elemente dieser Montagsgebete noch in den regelmäßig stattfindenden Gottesdienst rüberzuretten, aber auch das ist abgeebbt. Das war halt eine zeitlich begrenzte Aufgabe der Kirche. Dem kann man nicht nachtrauern. Es ist unheimlich wichtig gewesen, daß wir da gewesen sind, aber die Etappe ist abgeschlossen. Ich glaube so, daß ein Knackpunkt die Maueröffnung gewesen ist. Das ist eigentlich auch, muß ich mal so sagen, für mich der Tag gewesen, an dem ich zum ersten Mal ins Nachdenken gekommen bin über das Volk. Bis da hin hatte ich so das Gefühl der gemeinschaftlichen Aktion, Kollektivismus könnte man auch sagen, so daß wir gemeinsam was durchsetzen können, und so nach und nach, das hält eigentlich bisher noch an, ist so eine Ernüchterung entstanden über das Individuum und über die Interessen des Individuums. Man hat also kein gemeinsames Ziel mehr, keinen gemeinsamen Gegner mehr, und es differenziert sich alles, und man sieht plötzlich im einzelnen Dinge, die man in der Masse nicht entdeckt hat. Und das begann eigentlich so mit der Maueröffnung bzw. mit der

Reaktion darauf. Wo also viele gesagt haben, wir sind noch nicht fertig mit unserer Revolution, wir müssen doch jetzt noch weitermachen. Die Staatsführung sagt "Mauer auf", und das Ergebnis war, daß also sich vor unserer Polizei eine Schlange von hundert Meter bilden, von Menschen, die ihr Visum holen wollten, die also wirklich, na ja gut, aus dem Käfig rausgelassen wurden. Und so haben sich dann auch viele verhalten ... Für mich war das eigentlich damals so der erste Rückschlag, das zu erleben, wie viele Mitbürger eigentlich dieser Finte (Begrüßungsgeld, CS), ich sage mal Finte, erlegen waren. Damit wurde eigentlich so dieser so gemeinschaftliche Widerstand gebrochen."

Innerhalb von drei Tagen nach der Maueröffnung hatten bereits 8.000 Bürger im Kreis ein Visum beantragt. Der nun für viele mögliche und nicht nur über die Medien vermittelte Vergleich beider Systeme führte selbst auf seiten der Reformwilligen zu der Skepsis, ob angesichts des erheblichen Niveaufalles die DDR aus eigener Kraft überhaupt in eine funktionstüchtige moderne Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie transformierbar sei. Plötzlich hatten nicht nur ein Großteil der Strukturen, die die DDR hervorgebracht hatte, sondern auch die Anstrengungen des Herbstes '89 keine Existenzberechtigung mehr. Nur gesamtdeutsche Strukturen schienen trag- und überlebensfähig. Zu dieser Denkweise trugen folgende Entwicklungen bei:

- ein größer werdendes Machtvakuum durch den Rücktritt der SED-Kreisleitung;
- die zunehmende Kenntnis über das Ausmaß wirtschaftlicher Probleme in der DDR;
- die Schwäche der oppositionellen Bewegung und der ehemaligen Blockparteien, zu einem eigenständigen politischen Faktor zu werden, sowie ihre tendenzielle Vereinnahmung durch die Westparteien.
- insbesondere aber waren es Aufdeckungen über Korruption, Amtsmissbrauch und Stasimachenschaften, die das Ziel einer Reformierbarkeit des Systems immer unrealistischer werden ließen. Ein evangelischer Pfarrer (Jg. 1948), bekannt geworden durch seine Entdeckung eines zwischen 1968 und 1972 gebauten unterirdischen Bunkers der Staatssicherheit in einem Naherholungsgebiet zwischen Wurzen und Leipzig, meinte, daß es zunächst einmal um die Reformierbarkeit des Systems gegangen sei. "Wie tief der Sumpf war", hätte man "dann von Woche zu Woche gemerkt", und da hätte es nur eine Alternative gegeben: "Das wäre gar nicht gegangen so eine Diktatur zu reformieren." Bombendrohungen auf öffentliche Gebäude oder Gerüchte über frische Benutzungsspuren unterirdischer historischer Gänge in der Stadt zu dieser

Zeit der Wende unterstützten die Angst, die Staatssicherheit könnte im Untergrund weiterarbeiten. Die zu dieser Phase geschilderten Episoden hören sich für eine Außenstehende an wie ein Krimi, der nicht aufgelöst wird. Die Überwachungspraxis der Stasi, so auch die Soziologin Sigrid Meuschel (1992), provozierte Angst genau in dem Moment, in die die Apparate aufgelöst und die Feinde endgültig unsichtbar wurden.

Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 folgte auch in Wurzen die Wende in der Wende, d.h. ein entscheidender Stimmungsumschwung und zwar in zweierlei Hinsicht. Erstens zeigte sich eine deutliche Veränderung im Teilnehmerkreis der Demonstranten, zweitens begannen sich nun auch die politischen Zielsetzungen und die politischen Akteure zu verändern. Mit diesem Datum haben die Ereignisse aus der Sicht der meisten Interviewpartner eine Eigendynamik und Irreversibilität erreicht, die die Möglichkeit eines sog. "dritten Weges" nicht mehr realistisch erscheinen ließ.

Die Vielschichtigkeit der Bewegung im Zeitverlauf schildert der bereits zitierte Betriebsingenieur (Jg. 1959), heute SPD-Kommunalpolitiker, so: "Denn Sie müssen mal davon ausgehen, wer hat denn zuerst die Dresche gekriegt? Verprügeln lassen sich Jugendliche und dann kamen die Intellektuellen, die Reformer, die Kirchenleute nach vorn. Das waren auch viel junge Leute oder sagen wir mal diese mittlere Generation. Und dann, wo der Ruf laut wurde, wir sind ein Volk, da trat plötzlich 'ne ganz andere Generation auf. Die Generation unserer Eltern, die sich am betrogensten fühlte, obwohl sie es am meisten mitgetragen haben und die völlig entsetzt waren über das System und was da nun so alles passiert war." Wird in diesem Zusammenhang häufig auch von den sog. Trittbrettfahrern der friedlichen Revolution gesprochen, früheren Mitläufern des Systems, die mit der Einheit vor allem auf Wohlstand und Konsum aus gewesen seien und erst auf die Straße gegangen seien, als es kein persönliches Risiko mehr bedeutet hätte, so versprach sich die Mehrheit mit der Wiedervereinigung auch Sicherheit und Schutz. Es war eine Zeit, in der noch ständig Verunsicherung und Angst herrschten, die gerade entmachteten politischen Kräfte könnten das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen.

Innerhalb des im Dezember herrschenden Machtvakuum, beginnt sich die CDU-Ost im Kreis als neue politische Kraft zu formieren. Gegen die, die sich die politischen Veränderungen allein auf die Fahnen schreiben wollen, wendet der stellvertretende Landrat (Jg. 1934), heute Mitglied der CDU, daher ein: "Bärbel Bohley und die, die sich so gerne feiern lassen, wir sind die Helden der Wende und der Revolution, und uns hat man vergessen. Ich wende mich gegen die, die nun sagen, wir haben sie vollbracht. Ich vergleiche das immer mit einem Zahnrad. Greift alles. Und

dann waren eben welche weg und im rechten Moment sind immer wieder neue dazugestoßen. Drum sage ich allen, bescheiden, Kumpel". Die in Wurzen noch bis zum 18. März 1990 stattfindenden Montagsdemonstrationen dienten den Parteien nun als Forum ihres Wahlkampfes, als dessen Höhepunkt der Auftritt von Lothar Späth auf dem Wurzener Marktplatz gilt. In den Monaten Januar und Februar formierten sich auch die meisten der neuen Parteien in Wurzen (SPD, Grüne, Demokratischer Aufbruch, DSU).

Während der Demontage alter Machtstrukturen bilden sich auch in Wurzen neue politische, basisnahe Aktionsformen heraus, die, so ein evangelischer Pfarrer, damals in der Luft lagen. Sie entsprechen den zu diesem Zeitpunkt zentral praktizierten demokratischen Kontrollorganen, ohne jedoch zentral gelenkt worden zu sein. In der Geschichte von Bürgerrechtsbewegungen gibt es eine Reihe von Beispielen, in denen keine der Gruppen einen Führungsanspruch erhebt, sondern sich z.B. durch die Weitergabe an Informationen als reine "Dienstleistungsbetriebe" verstehen. Lokale Basisgruppen können daher eine große Vielfalt an Ausgestaltungsformen annehmen und die zentralen "Modelle" an Einfallsreichtum, Risikobereitschaft und Resonanz übertreffen. (Vgl. Ebert 1971:128)

Anders als z.B. der zentrale Runde Tisch, der sich durchaus auch als Initiator weiterer Reformen verstand, geht es bei neuen Bürgerinitiativen im kleinstädtischen Bereich a) situationsbedingt um die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung und b) darum, beim Übergang zu neuen kommunalpolitischen Strukturen, Demokratie gemeinsam zu erlernen. Obwohl diese Gremien keine eindeutige rechtliche Grundlage hatten und in ihrer Durchsetzungsfähigkeit sehr eingeschränkt waren, wurden sie von der Mehrheit der Bevölkerung als repräsentative Organe der Interessenvertretung angenommen. Ich möchte auf drei Aktionsformen eingehen, die untereinander personell vernetzt waren.

1. Ende Oktober 1989 wurde in Wurzen eine von einem Pfarrer geleitete 'Initiativgruppe Demo' gebildet, die eine "Sicherheitspartnerschaft" mit der Volkspolizei eingegangen war und die die Demonstrationen bzw. Kundgebungen auf dem Marktplatz organisierte. Hintergrund war nach Auskunft des Superintendenten der evangelischen Kirche nicht zuletzt ein Gespräch, das er mit dem Leiter des Kreisamtes der Volkspolizei (VPKA) wegen der besonderen brisanten geographischen Situation in Wurzen hatte: Der Hof des VPKA grenzt unmittelbar an den Dom; eine Panik oder aus anderen Gründen geöffnete Notausgangstüren hätten als "Sturm auf das VPKA" gedeutet werden können.

2. Am 12. Dezember 1989 bildete sich das sog. "Bürgerkomitee" heraus, dem 24 demokratisch

gewählte Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen angehörten sowie ein Vertreter der Volkspolizei und parteilose Bürger. Explizit ausgeschlossen waren hauptamtliche Funktionäre. Dieses Gremium hatte sich um Fehler und Mißstände in der Vergangenheit zu kümmern, Bürgerhinweisen nachzugehen und sich aktuellen Problemen in gesellschaftlichen Bereichen zu widmen.

3. Der Runde Tisch²³ konstituierte sich in Wurzen erst am 7. Februar 1990, gut einen Monat bevor der zentrale Runde Tisch in Berlin seine letzte Sitzung hatte. Geleitet wurde er vom Superintendenten der evangelischen Kirche und einem Prediger der landeskirchlichen Gemeinschaft. Im Unterschied zum Bürgerkomitee wurde der Runde Tisch vom Kreis ins Leben gerufen. Teilnehmer waren amtierende Vertreter der Blockparteien und Massenorganisationen, Vertreter des Rates des Kreises und der Stadt sowie Vertreter neugegründeter Parteien und Organisationen. Der Runde Tisch diente unter bewußter Respektierung der noch vorhandenen Verwaltungsstrukturen vor allem der Offenlegung und Bestandsaufnahme der Lage im Kreis. Er wollte dazu beitragen, daß alle Parteien und Organisationen, die alten und die neuen, sich verständigten. Außerdem sollten die neuen Parteien eine Menge Sachinformationen über die Probleme erhalten, mit denen sie nach den Kommunalwahlen zu rechnen hatten. Dazu der Superintendent der evangelischen Kirche: "Wir waren ein Gremium, das versucht hat, ein bißchen Kontinuität bei einer völlig neuen Zielrichtung zu gewährleisten und gar nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, es gibt niemanden, der hier mehr was zu sagen hat." Die Beschlüsse des Runden Tisches hatten in dieser Zeit des Interregnums den Charakter von Empfehlungen, aus der Sicht des Superintendenten deshalb, weil bis zu den Neuwahlen die Macht eindeutig bei den alten, danach bei den neuen Organen liegen würde. Mehr als das verstand sich die Arbeit des Runden Tisches aber als moralische Instanz, die voreilige Verurteilungen und Selbstjustiz verhindern, bei den Vertretern des Staates aber die Einsicht in eigenes Versagen und die Selbstbefragung fördern wollte. Die Lösung bestimmter Probleme und Schaffung neuer Strukturen wurde bewußt auf die Zeit nach den Kommunalwahlen verlegt, um neue rechtliche Grundlagen abzuwarten. Der Runde Tisch, so der Superintendent, war rechtlich nach den Kommunalwahlen nicht mehr weiterzuführen, menschlich hätte er seiner Ansicht auch danach noch eine wichtige Funktion haben können.

Über die Effektivität der damals mit großen Hoffnungen entstandenen Bürgerinitiativen,

²³ Zur Rolle des Berliner und des Dresdner Runden Tisches vgl. den Beitrag von Uwe Thaysen in diesem Band.

Kommissionen und neuen Gremien gehen rückblickend die Meinungen sehr auseinander. Insbesondere Teile der Bürgerbewegung beklagen, daß gerade die Gremien, die die Aufdeckung von Korruption und Amtsmißbrauch verfolgt haben, kaum Erfolge erzielt hätten. Angst und Rechtsunsicherheit auf seiten der Bürger, Unterwanderung durch Mitarbeiter der Staatssicherheit, Subversion und Blockaden auch auf seiten derer, die an den Gremien beteiligt waren, hätten zu diesem Umstand beigetragen. "Wir waren zu blauäugig" heißt es daher heute oft aus den Reihen der damaligen Bürgerbewegung.

Aus den Kommunalwahlen im Mai 1990 ging die CDU als eindeutige Wahlsiegerin hervor. Sie verfügte als stärkste ehemalige Blockpartei trotz einer starken Austrittsbewegung noch immer über die meisten Mitglieder, über eine noch weit verzweigte und gut funktionierende Organisationsstruktur (Ortsverbände) und über eine umfassende Unterstützung der CDU aus dem Westen. Außerdem hatte die CDU schon im Vorfeld eine Reihe zur Wende aktiver Bürger für sich gewinnen können - darunter auch Anhänger des Neuen Forums und zwei Pfarrer. Einige Mitglieder des Neuen Forums sind im Vorfeld der Wahl in die SPD eingetreten. Das Neue Forum sieht sich im weiteren Zeitverlauf sowohl von der CDU, mit der sie ein Wahlbündnis eingegangen war als auch von den Bürgern im Stich gelassen und schließt im März 1991 enttäuscht das Kreisbüro. Es bleiben zwei parteilose Einzelkämpfer, die künftig unter dem Dach von Bündnis 90/Grüne als Abgeordnete die Kreispolitik mitbestimmen.

Insgesamt zeigen die kommunalen Verhältnisse in Wurzen nach diesen Wahlen eine bemerkenswerte Kontinuität. Sie ist zum einen Ausdruck der Tatsache, daß die Kommunen die ersten funktionstüchtigen Verwaltungseinheiten sein mußten, während die ehemals höheren Verwaltungen auf Bezirks- und Regierungsebene vollständig abgebaut wurden. Es ist bekannt, wie eng in der DDR Partei und Staat miteinander verwoben waren. Die kommunalpolitisch maßgeblich in der politischen Verantwortung stehende CDU steckte deshalb in einem Dilemma. Als Partei, die selbst zu dieser Zeit in einem demokratischen Erneuerungsprozeß stand, war sie politisch gefordert, alte Verwaltungsstrukturen schnell abzubauen. Wollte sie die Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung aufrechterhalten, mußte sie andererseits zu einem großen Teil auf vorhandenes Personal zurückgreifen.²⁴ Mit diesem Widerspruch waren in

²⁴ Daß nach dramatischen gesellschaftlichen Veränderungen besonders auf unterer und mittlerer Verwaltungsebene kein umfassender Elitenwechsel, sondern oft nur eine Neuformierung der alten Eliten stattfindet, ist nichts Neues. Dies kann ebenso beinhalten, daß in vielen Bereichen ehemalige Verantwortliche in hohen Positionen bleiben und diese Positionen selbst nur in gewandelten Strukturzusammenhängen erscheinen. Vgl. dazu Dahrendorf (1971:241), der sich auf eine

der Folgezeit Probleme gesetzt, die meines Erachtens bis heute noch virulent sind.

Auf der lokalen Ebene sind im Verlauf des politischen Umbruchs zwei gegenläufige Tendenzen zu erkennen. Einerseits hatten Forderungen nach Teilreformen einen radikalen Systemwechsel zur Folge, der dezentral und von unten in Gang gesetzt wurde. Andererseits weisen gerade die Verwaltungsstrukturen auf der untersten und mittleren Kreisebene eine hohe Kontinuität auf. Sie bildeten eine Voraussetzung dafür, daß das Institutionengefüge in der DDR auf zentraler Ebene schnell abgebaut werden konnte ohne gesellschaftliche Anarchie befürchten zu müssen.²⁵ Daß Forderungen nach Reformen das System als Ganzes zu Fall bringen und ein Machtvakuum hinterlassen würden, welches, durch historische Grundkonstellationen begünstigt, von der Regierung der Bundesrepublik ausgefüllt wurde, war von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung weder antizipiert noch ursprünglich gewünscht worden. Der Systemwechsel trägt vielmehr eindeutige Züge eines irreversiblen eigendynamischen Prozesses, dem viele Beteiligte letztlich ohnmächtig zusahen. Die Gestaltung der neuen wirtschaftlichen und politischen Ordnung durch äußere Kräfte wird vor diesem Hintergrund sehr unterschiedlich bewertet. Ist sie für die einen Ausdruck der Schwäche des DDR-Staates und damit eine Bestätigung dafür, daß die DDR ökonomisch und politisch zusammenbrach, so bleibt der Prozeß für andere, die aus einer mehr sozialstrukturellen Perspektive argumentieren, dennoch eine dramatische Veränderung aller gesellschaftlichen Bereiche in kurzer Zeit und damit eine Revolution. Aus der Sicht vieler Reformwilliger dagegen hat sich die Hoffnung auf einen eigenständigen Weg und besseren Sozialismus nicht erfüllt. Die Revolution bleibt für sie unvollendet.

Untersuchung von Wolfgang Zapf Anfang der 60er Jahre bezieht. Für die Nachkriegsphase der Bundesrepublik hat Isaac Deutscher (1980) ähnliche Tendenzen festgestellt.

²⁵ Darauf hat Thomas Hanf hingewiesen, der mich einige Monate lang bei der Interpretation der empirischen Daten beraten hat.

LITERATUR

Aldenhövel, Josef Lütke; Heinz Mestrup; Dietmar Remy (Hrsg.) 1993. Mühlhausen 1989/1990. Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt. Münster: Selbstverlag (2. Auflage).

Arendt, Hannah 1990 (zuerst 1969/70). Macht und Gewalt. München/Zürich: Piper.

Berking, Helmuth; Sighard Neckel 1991. Außenseiter als Politiker. Rekrutierung und Identitäten neuer lokaler Eliten in einer ostdeutschen Gemeinde. In: Soziale Welt, Jg. 42, H. 3, S. 283-299.

Blattert, Barbara; Dieter Rink; Dieter Rucht 1994. Von den Oppositionsbewegungen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland? Discussion Paper FS III 94-101. Wissenschaftszentrum Berlin.

Bussiek, Hendrik (Hrsg.) 1971. Wege zur veränderten Gesellschaft. Politische Strategien. Frankfurt/M.: Fischer.

Coser, Lewis A. 1967. Sozialer Konflikt und die Theorie des sozialen Wandels. In: Hartmann 1967, S. 385-396.

Dahrendorf, Ralf 1971. Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München: dtv (zuerst München 1968)

Deutscher, Isaac 1980. Reportagen aus Nachkriegsdeutschland. Hamburg: Junius.

Ebert, Theodor 1971. Basisgruppen im revolutionären Prozeß. In: Bussiek (Hrsg.) 1991, S. 121-152.

Ebert, Wolfgang 1990. "Mit vierzig ist der Berg erstiegen..." Das Jahr 1989 in der Erinnerung des Wurzener Stadtchronisten. In: Der Rundblick. Heimat zwischen Collm und Mulde, 37. Jg., Heft 2, 1990, S. 86-89.

Engler, Wolfgang 1994a. Verstrickung ins Diesseits. In: DIE ZEIT Nr. 49, 2.12.1994, S. 31.

Engler, Wolfgang 1994b. Das säkulare Wunder. In: DIE ZEIT Nr. 51, 16.12.1994, S. 59.

Glaebner, Gert-Joachim 1993. Am Ende des Staatssozialismus - Zu den Ursachen des Umbruchs in der DDR. In: Kohli/Joas (Hrsg.) 1993, S. 70-92.

Habermas, Jürgen 1990. Die nachholende Revolution. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Hanf, Thomas 1992. Gewalt und Ohnmacht: Zum friedlichen Charakter der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. In: BISS Public 6/1992, S. 23-47.

Hartmann, Heinz 1967. Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen

Theorie. Stuttgart: Enke.

Herlyn, Ulfert; Lothar Bertels (Hrsg.) 1994. Stadt im Umbruch: Gotha. Wende und Wandel in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Hirschman, Albert O. 1992. Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptuellen Geschichte. In: Leviathan Jg. 1992, Heft 3, S. 330-358.

Joas, Hans; Martin Kohli (Hrsg.) 1993. Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Joas, Hans; Martin Kohli 1993. Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: Joas/Kohli (Hrsg.) 1993, S. 7-28.

Kaelble, Hartmut; Jürgen Kocka; Hartmut Zwahr (Hrsg.) 1994. Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta.

Klaus, Georg; Manfred Buhr (Hrsg.) 1971 (zuerst Leipzig 1964). Philosophisches Wörterbuch - Band 2. Berlin: das europäische buch (Lizenzausgabe)

Lenski, Gerhard 1977. Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Lepsius, Rainer M. 1994. Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.) 1994, S. 17-30.

Lindner, Bernd (Hrsg.) 1994. Zum Herbst '89. Demokratische Bewegung in der DDR. Leipzig: Forum (Begleitkatalog zur gleichnamigen Ausstellung).

Meuschel, Sigrid 1992. Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Meuschel, Sigrid 1993. Revolution in der DDR. Versuch einer sozialwissenschaftlichen Interpretation. In: Kohli/Joas (Hrsg.) 1991, S. 93-114.

Moore, Barrington 1982. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Neubert, Ehrhart 1991. Protestantische Kultur und DDR-Revolution. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/91 (3. Mai 1991), S. 21-29.

Offe, Claus 1993. Wohlstand, Nation, Republik. Aspekte des deutschen Sonderweges vom Sozialismus zum Kapitalismus. In: Joas/Kohli (Hrsg.) 1993, S. 282-301.

Opp, Karl-Dieter; Peter Voß 1993. Die volkseigene Revolution. Stuttgart: Klett-Cotta.

Reich, Jens 1992. Abschied von den Lebenslügen. Die Intelligenz und die Macht. Berlin: Rowohlt.

Reich, Jens 1994a. 1989. Tagebuch der Wende. In: DIE ZEIT Nr. 37, 9. 9. 1994 ff.

Reich, Jens 1994b. Deutschland - Chance und Risiko. Beitrag im Rahmen der Veranstaltung "Der Radwechsel - Jazz & Lyrik 1994" der Stiftung Lesen und des Deutschen Theaters Berlin, mit der der 4. Norddeutsche Bücherfrühling am 23. April 1994 in Bremen eröffnet wurde. Bremen: Edition Temmen.

Schneider, Michael 1990. Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie. Berlin: Elefant Press.

Staritz, Dietrich 1990. Ursachen und Konsequenzen einer deutschen Revolution. In: Redaktion des Fischer Weltalmanach (Hrsg.): Der Fischer Weltalmanach, Sonderband DDR. Frankfurt/M.: Fischer, S. 14-43.

Wielgohs, Jan; Marianne Schulz 1990. Reformbewegung und Volksbewegung. Politische und soziale Aspekte im Umbruch der DDR-Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 16-17/1990, 13. April 1990, S. 15-24.